

► „Bezahlbares Wohnen in Göttingen?“

Was leistet die Stadtgesellschaft, um die Wohnungsnot auch in dieser Stadt zu bekämpfen?

DER KAMPF UM BEZAHLBAREN WOHNRAUM

Erst einmal: Jede Wohnung ist bezahlbar. Nur eben nicht für Menschen mit wenig Geld. Bezahlbar wird zudem bundesweit unterschiedlich definiert: In Mannheim mit 7,50 Euro kalt, in Ludwigshafen gelten 6 Euro als bezahlbar, in München vermutlich 10 bis 12 Euro. Eine Definition ist aber allgemeingültig: **Die Miete inklusive Nebenkosten darf 30% des Einkommens nicht überschreiten.** Und nach dieser Definition fehlen auch in Göttingen nach Berechnung des Hans-Böckler-Institutes (2018) ca 3500 Wohnungen! Durch hohe Mietpreissteigerungen entfernen wir uns auch in Göttingen vom Ziel, genügend bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen: Die Mieten stiegen in der Stadt von 2012 bis 2020 um 47 % (bei den VONOVIA-Gebäuden sogar um 67 %!), Wohnungen fallen aus der Sozialpreisbindung, neue bezahlbare Wohnungen werden nur in geringem Ausmaß hergestellt: In den Jahren 2018 bis 21 schätzungsweise 40 bis 50 Stück.

Gut in Göttingen und stabilisierend: Wir haben noch die kommunale Wohnungsbaugesellschaft SWB, die Wohnungsgenossenschaft und die Volksheimstätte mit insgesamt ca 11.000 Wohnungen. Schlecht in Göttingen: Adler – jetzt LEG und VONOVIA haben mit ca 1300 bzw. 1440 Wohnungen preiswerten Wohnraum aufgekauft und teilweise zu Wohnungen im hohen mittleren Preisbereich „modernisiert“. VONOVIA-Wohnungen finden wir auf Immoscout zu Kaltmieten um die 9 Euro, 40 bis 50 Prozent teurer als die vergleichbaren Wohnungen der SWB und der Genossenschaften.

Was passiert in Göttingen, um den fehlenden bezahlbaren Wohnraum zu beschaffen? OB Broistedt spricht davon, „wir seien auf einem guten Weg“. Aber die einzige Massnahme, auf städtischen Grundstücken eine 30%-Quote vorzuschreiben, löst das Problem nicht annähernd. 3500

Wohnungen auf diese Art zu bauen, bedeutete, ca 11.000 Wohnungen in nächster Zeit durch private Investor*innen oder die SWB und die Genossenschaften auf städtischen Grundstücken zu bauen. Jede*r weiss, das ist nicht machbar. Es gilt zudem nur für Gelände, auf dem es vor dem Beschluss noch keinen Bebauungsplan gab () Die „Deutschland-Koalition“: Niemand weiss nix. In der CDU und FDP erwartbar, aber auch in der SPD scheint es keinerlei Fachkompetenz zum Thema „bezahlbares Wohnen“ zu geben. Die Verwaltung ist blockiert mit der Abberufung der Baudezernentin, nachdem zwei Jahre vorher bereits die Arbeit des damaligen Baudezernenten beendet wurde.

Die „**Neue Wohnungs-Gemeinnützigkeit**“ (NWG) kommt 2023, verlautet aus der Bundes-Ampelregierung. Eine Chance auch für Göttingen. Die dann gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften erhalten eine stärkere Förderung, zahlen weniger Steuern, können sich auf den Bau bezahlbaren Wohnraums konzentrieren. Zwar wird bundesweit, so auch in Göttingen, bezweifelt, dass die etablierten kommunalen Wohnungsunternehmen trotz steuerlicher Vorteile die NWG beantragen werden, da sie sich dann auch transparenter machen müssten und eine effiziente Mietermitbestimmung ein Kriterium für die NWG wird. Da gebe es dann in wesentlichen Bereichen keine „Geschäftsgeheimnisse“ mehr und die Unternehmen müssten öffentlich vorrechnen, warum sie wirklich so teuer bauen müssen, wie sie vorgeben; es gäbe auch keinen geheim tagenden Aufsichtsrat mehr... Aber in Göttingen müsste man jetzt schon beginnen zu planen, wie wir eine zusätzliche gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaft aufbauen und mit Anfangskapital ausstatten.

Hoffen auf die Enteignung von VONOVIA: Das Geschäftsprinzip VONOVIA ist gesellschaftlicher Irrsinn: Ca. 180 Euro pro Wohnung und Monat gehen von der Mie-

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2022.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Bezahlbares Wohnen	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. im Kreistag	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
Göttinger Linke Ratsinfo	11
Tarifkampf Uniklinik	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 07.2022
ist der 16. Juni.

Auslieferung ab dem 23. Juni.

te direkt an die Aktionär*innen: der Betrag, den die Wohnungen teurer sind als Wohnungen der SWB und der Genossenschaften. Wir können uns vehement für die Enteignung und dann Überführung der Wohnungen in Gemeineigentum (z.B. der SWB) einsetzen.

Was klappt nicht in der Wohnungspolitik in Göttingen?

Leider viel.

Die Peinlichkeit, VONOVIA, Adler, vielleicht bald auch die LEG, im Bündnis für bezahlbaren Wohnen zu finden, macht Göttingen bundesweit lächerlich. Diese Mietpreistreiber, die mit dem hochtreiben der Mieten und zusätzlich mit den Nebenkosten (sie nennen es „add value“) Millionengewinne machen, sind keine Bündnis-Partner*innen!

Und wir brauchen endlich einen qualifizierten Mietspiegel. Der muss bis 2024 bundesweit in allen Städten über 100.000 Einwohner*innen ohnehin eingerichtet werden.

(...) weiter auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

🔴 Erklärung der VVN-BdA zur Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin

Das sowjetische Ehrenmal im Treptower Park in Berlin ist großflächig beschmiert worden. „Fascists“, „Death to all russians“, „Stop War“ und „Kill russians as people in Bucha“ wurde auf die Gedenksteine geschrieben. Das Ehrenmal ist Gedenkstätte und Friedhof für die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Soldat*innen der Roten Armee aus allen Republiken der Sowjetunion.

Dieser Vorfall ist ein gefährliches Beispiel für die geschichtsverfälschenden Narrative, die spätestens seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Umlauf sind.

„Dieser Krieg darf nicht missbraucht werden, um die Erinnerung an die sowjetischen Soldat*innen und das große Opfer, das sie gebracht haben, zu ver-

unglimpfen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Sowjetunion von Nazi-Deutschland überfallen wurde und im Verlauf des Krieges über 25 Millionen Opfer zu beklagen hatte; ein erheblicher Teil von ihnen stammte übrigens aus der Ukraine. Die Russische Föderation ist nicht die Sowjetunion“, so Cornelia Kerth, Vorsitzende der VVN-BdA.

„Den aktuellen Krieg und die Gräueltaten gegen die ukrainische Zivilbevölkerung verurteilen wir aufs Schärfste und fordern seit dessen Beginn den Rückzug russischer Truppen aus dem ukrainischen Staatsgebiet. Für diesen Krieg sind aber nicht die sowjetischen Soldat*innen verantwortlich, welche gegen den deutschen Faschismus gekämpft und ihn, zusammen mit den anderen alliierten Mächten,

besiegt haben“, so Kerth weiter.

So wie wir den Versuch der russischen Regierung zurückweisen müssen, die Erinnerung an die Opfer und den Widerstand der Sowjetbürger*innen im Zweiten Weltkrieg zu monopolisieren und für ihren aktuellen Krieg zu instrumentalisieren, darf das Gedenken an die sowjetischen Opfer und die Würdigung ihres Anteils an der Befreiung vom Faschismus nicht dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zum Opfer fallen.

Auf den sowjetischen Gedenkstätten in Berlin, die zugleich als Friedhöfe für die gefallenen Soldat*innen dienen, liegen nebeneinander Soldat*innen aus heute 15 Nationen begraben, darunter Menschen aus der Ukraine und Russland.

🔴 Leseempfehlungen:



In der Schriftenreihe der Gedenkstätte KZ Ahlem (Hannover) ist ein Band zur Lebensgeschichte Ruth Grönes erschienen. Ruth Gröne, Jahrgang 1933, ist eine der letzten noch lebenden Zeitzeuginnen, die als Jüdin den Terror des NS-Systems in der Stadt Hannover erfahren hatte. Ein Großteil ihrer Familie wurde in der Shoah ermordet. Sie selbst überlebte Gewaltherrschaft und Krieg in Hannover in der Illegalität. Nach der Befreiung Hannovers am 10. April 1945 hat sie einen großen Teil ihres Lebens der Aufgabe gewidmet, die Erinnerung an diese Zeit der Verfolgung wachzuhalten und sich aktiv in der Initiative für das Mahnmal am ehemaligen KZ Ahlem eingebracht.

Seit 2014 ist Ruth Gröne Ehrenmitglied der VVN-BdA-Landesvereinigung Niedersachsen.

Anja Schade: Sachor! – Erwinnere Dich! – Aus dem Leben der jüdischen Hannoveranerin Ruth Gröne. Schriftenreihe der Gedenkstätte Ahlem, Sonderedition Band 10, Hannover 2021, 188 Seiten, 15 Euro.



In der Kunst der Sinti und Roma spiegelt sich auch stets der Widerstand gegen Diskriminierung und Stereotypisierung durch die Mehrheitsgesellschaft. Ein aktuelles Buch vereint

Grundlagentexte aus den Bereichen bildende Kunst, Literatur, Musik, Tanz, Flamenco, Film, Theater, kontextualisiert durch die Themen Bilderpolitik, Bürgerrechtsbewegung und den Holocaust an den Sinti und Roma. Es ist aus der mehrfach preisgekrönten digitalen Plattform RomArchive (<https://www.romarchive.eu/de/>) hervorgegangen, zu deren reichhaltigem Datenschatz digitale Schnittstellen im Buch verweisen.

Moritz Pankok, Isabel Raabe, Romani Rose (Hg.): Widerstand durch Kunst. Sinti und Roma und ihr kulturelles Schaffen. Verlag Ch.Links, 344 Seiten, 30 Euro.

Mikis Theodorakis -

**Ein Kampf für Freiheit und Harmonie
zum Tod von Mikis Theodorakis
Freitag 24. Juni 2022**

Am 2. September 2021 ist der griechische Sänger, Politiker und Widerstandskämpfer Mikis Theodorakis mit 96 Jahren verstorben. Er war als junger Mann von 1941 bis 1944 im Widerstand gegen die deutsche Besetzung seines Heimatlandes. Als Jahrzehnte später die griechische Militärdiktatur an die Macht kam, wurde seine Musik verboten und er eingesperrt. Von 1970 bis 1974 war er im Exil in Frankreich. Nach dem Sturz der Militärs konnte er nach Griechenland zurückkehren und wurde dort als Volksheld gefeiert.

Als Referenten haben wir Wolfgang Teuber eingeladen. Wolfgang ist Betriebsarbeiter, langjähriger Betriebsrat, Journalist und ehemaliger Chefredakteur der UZ. Er wird aus dem Leben des Komponisten, Kommunisten, Musikers und Antifaschisten Mikis Theodorakis berichten und einen kleinen Ausschnitt aus seinem umfangreichen musikalischen Werk vorstellen.

Die Veranstaltung findet um 19.00 Uhr, Saal der Roten Hilfe, Lange-Geismar-Straße 3, Göttingen, statt.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung:

Dienstag, 14. Juni, 19.00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße

▶ Begleiten, tun, wieder aufbauen, projizieren – so definiert sich der Rhythmus der schweren Stunden, die Havanna durchlebt

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas und Präsident der Republik, Miguel Díaz-Canel Bermúdez, leitete an diesem Mittwoch eine neue Sitzung der Zeitweiligen Regierungsguppe zur Weiterverfolgung der Maßnahmen, die nach dem bedauerlichen Unfall vom 6. Mai im Hotel Saratoga durchgeführt werden | Autor: Yaima Puig Meneses | internet@granma.cu

Die Suche nach den beiden Personen, die nach dem unglücklichen Vorfall im Hotel Saratoga weiterhin vermisst werden, stand auch gestern noch im Mittelpunkt der Arbeit vor Ort.“ Dies erklärte Luis Antonio Torres Iribar, Erster Sekretär des Provinzkomitees der Partei in Havanna, am Mittwoch während der Sitzung der Zeitweiligen Regierungsguppe, die unter der Leitung des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Partei und Präsidenten der Republik, Miguel Díaz-Canel Bermúdez, die Maßnahmen nach dem Unfall vom 6. Mai überwacht.

Díaz-Canel wollte im Detail wissen, wie es den von der tödlichen Explosion betroffenen Menschen geht, wie sie versorgt werden, wie die Gebäude um das Hotel herum saniert werden, ob die Kinder der Schule Concepción Arenal wieder am Unterricht teilnehmen und wie die Schuttentsorgung auf dem Gelände verläuft, denn es ist wichtig, kein Detail zu vernachlässigen, um den materiellen und menschlichen Schaden so schnell wie möglich zu lindern.

Nach Angaben von Torres Iribar befanden sich zum Zeitpunkt des Treffens, das

nach vier Uhr nachmittags stattfand, noch 16 Patienten im Krankenhaus, 38 Personen wurden medizinisch entlassen, zwei Personen wurden noch vermisst, und die Zahl der Todesopfer infolge des Einsturzes war auf 43 gestiegen.

Von den 37 Familien, deren Häuser strukturell beschädigt wurden, sind 22 in die Einrichtungen der Villa Panamericana evakuiert worden, wo sie alle notwendige Hilfe erhalten.

Auf die Sanierung der Grundschule neben dem Hotel eingehend, die ebenfalls durch die Gasexplosion beschädigt wurde, erklärte er, dass die Wiederaufbauarbeiten intensiv durchgeführt werden und die Schule „besser als zuvor“ Kinder, Lehrer und Angestellte aufnehmen werde.

Der Minister für Bauwesen, René Mesa Villafaña, teilte mit, dass im Laufe der Mittwochnacht alle Bereiche des Hotels erreicht werden sollten. Was den Rest der betroffenen Gebäude betrifft, so sagte er, dass die Arbeiten an allen wiederherstellbaren Gebäuden bereits begonnen haben, ebenso wie die Aushubarbeiten in dem Be-



reich, der für den Standort des neuen Gebäudes festgelegt wurde, das nach dem beschlossenen Abriss von 512, das sich auf der Rückseite des Hotels befindet, errichtet werden muss.

Für viele sind dies Tage ununterbrochener Arbeit. Inmitten des unausweichlichen Schmerzes, den ein Ereignis dieses Ausmaßes in unserem Volk hinterlässt, hat die Führung des Landes in diesen Tagen nicht an Aufmerksamkeit gespart, allen voran der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, der das Katastrophengebiet besuchte, Krankenhäuser aufsuchte und mit Patienten und ihren Familien sprach.

Begleiten, tun, wieder aufbauen, projizieren... sind Aktionen, die den Rhythmus dieser komplexen Stunden in Havanna bestimmen.

1. Mai: Kuba zeigt Flagge

Nachdem sich das Land in beispielloser Weise und mit eigenen Impfstoffen aus der Corona-Krise befreit hat, freuen sich die Kubanerinnen und Kubaner auf den 1. Mai. Die traditionellen Demonstrationen können wieder stattfinden. Allein in Havanna werden weit über eine Million Menschen erwartet.

Sie sind es gewöhnt, dass ihre Meinungen in die politischen Entscheidungen einbezogen werden. Am Kampftag der Arbeiterklasse werden sie direkt auf den Straßen klarmachen, dass die übergriffigen Erklärungen des EU-Parlamentes unerwünscht sind. Dort versucht ein Señor Borrell, die Verurteilungen von Leuten, die letztes Jahr in Kuba randalierten und Leben gefährdeten, als Unrecht zu interpretieren. Doch Angeklagte haben in Kuba alle legalen Rechte wie Anwälte oder Schutz vor Bedrohung, und die vom Volk gemachten Gesetze sind anzuwenden. Bemühungen von Mister Biden, die verbrecherische Blockade weiter zu verschärfen, werden angeklagt. Die wegen der Pandemie auf den Sommer verschobene Debatte vor der UN über ein Ende dieses Wirtschaftskrieges wird der Welt erneut zeigen, dass die USA die Meinung der großen Mehrheit ignorieren – nur der Wille, die Welt zu beherrschen, treibt sie an.

Die Menschen Kubas werden ihr neues Familiengesetz feiern, das in fortschrittlichster Weise ein liebevolles Zusammenleben für alle anstrebt, ohne jede Form von Diskriminierung.

Was hat die Welt zukünftig zu erwarten? Aufrüstung, Sozialabbau und Hunger. Kuba wird für Frieden, Solidarität und eine bessere Welt demonstrieren – schließen wir uns an!





Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,
Goettingen.dkp.de ★ goettingen@dkp.de



► Inflation bald bei 12 Prozent? Wehrt Euch!

Am 18. Mai berichtete das „Göttinger Tageblatt“ über eine am Vortag durchgeführte Debatte im Niedersächsischen Landtag zu den rasant steigenden Lebenshaltungskosten, die dem Artikel zufolge inzwischen 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger „als größte Sorge“ betrachten.

Offiziell lag die Preissteigerungsrate im April bei 7,4 Prozent. Landeswirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) hielt es angesichts „rasant ansteigender Preise im Großhandel“ für „denkbar“, dass die Inflation „in den kommenden Wochen“ auf bis zu 12 Prozent ansteigen würde.

Bereits jetzt – also bei rund 7 Prozent – würde der durchschnittliche Haushalt mit zusätzlich 240 Euro monatlich belastet werden. Die einfache Dreisatzrechnung besagt, dass dies monatlich bei 12 Prozent Inflation dann rund 410 Euro wären, die gerechnet in Geldwert von 2021 fehlen würden.

Diese Zahl sollten wir im Hinterkopf behalten, um die im letzten Monat mit großer medialer Wirkung verkündeten „Entlastungspakete“ des Bundes richtig einzuordnen. Professor Franz Hechtner von der Universität Erlangen-Nürnberg wies bei der Debatte um diese Gesetze darauf hin, dass in der Spitze eine Familie mit zwei Kindern auf eine Entlastung von gerade mal 900 Euro im Jahr käme, Alleinerziehende mit einem Kind auf weniger als die Hälfte dieser Summe und Ledige ohne Kinder auf maximal 345 Euro. Die „Pakete“, die mehr Päckchen sind, reichen für eine vierköpfige Familie also gerade zwei Monate, um die vom niedersächsischen Wirtschaftsminister für „denkbar“ gehaltene Inflation auszugleichen. Aber mehr noch: Was der Staat mit großer Geste in eine Tasche solcher Familien hineinsteckt, nimmt er aus der anderen wieder heraus. In den kommenden vier Jahren, verkündete der „Arbeits-

kreis Steuerschätzung“ Mitte Mai, sei mit Mehreinnahmen von 220 Milliarden Euro für Bund, Länder und Gemeinden zu rechnen – allein 17 Milliarden mehr für den Bund für dieses Jahr gegenüber den bisherigen Berechnungen, 19 Milliarden für die Länder und 5 Milliarden für die Kommunen. Zu einem erheblichen Teil resultieren diese Mehreinnahmen aus den dank Inflation steigenden Mehrwertsteuereinnahmen, die übrigens auch die mit berappen müssen, die bei den Entlastungspäckchen leer ausgehen wie zum Beispiel Rentnerinnen und Rentner oder Studierende. Für den Bund deckt die Mehreinnahme ziemlich exakt die Kosten für die beschlossenen Maßnahmen. Ihn kostet also die sogenannte Entlastung seiner Bürger unter dem Strich nix. Die Länder streichen die künftigen Mehreinnahmen ohne Ausgleichsmaßnahmen ein.

Die Menschen, die jetzt von Markenprodukten auf Hausmarken der Discounter umsteigen oder von Rind- auf Schweinefleisch und demnächst von Schweinefleisch auf Kartoffeln, müssen sich vorkommen wie bei einem Wettrennen zwischen Hase und Igel: Wenn sie die „Tagesschau“ ausschalten, die ihnen Entlastungen verkündet hat, sind beim nächsten Einkauf die Preise schon so gestiegen, dass das scheinbar gewonnene Geld schon wieder weg ist, bevor es das eigenen Konto erreicht hat.

Die Regierung der Besserverdienenden aber bleibt unbeirrt auf Wirtschaftskriegs-Kurs gegen Russland. Die Preis-

Mitgliederversammlungen im Juni

07. Juni

Facetten des gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Rollbacks – eine Themensammlung

21. Juni

„Nach den Parteitag – Bilanz der Parteitage von PdL und DKP“

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.



steigerungen vor allem im Energiesektor werden als Kollateralschaden für den Stopp des Kaufes russischer Gas-, Kohle- und Öllieferungen in Kauf genommen. (ms)

Was tun? Ein erster Schritt wäre es, die unten angefügte DKP-Kampagne zu unterstützen – einfach ausfüllen und an die DKP, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen schicken:

Ich fordere:

einen gesetzlichen Preisstopp für jede Form von Energie für private Haushalte und kleine Unternehmen. Das umfasst Strom-, Gas-, Öl- und Benzinpreise.

Strom- und Gassperren müssen verboten werden und Haushalte mit Bezug von Sozialleistungen müssen einen Energiezuschlag erhalten.

Vor- und Nachname	PLZ und Ort	Straße und Hausnummer	Unterschrift

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: **Montags, z.Zt. 19.00 Uhr per Video**



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Anspruch und Wirklichkeit: Hier klafft ein großes Loch:

▶ Die Kindertagesstättenbedarfsplanung



Ein kompliziertes Wort: „Kindertagesstättenbedarfsplanung“. Das ist die amtliche Bezeichnung für die Planung von Krippen- und KITA-Plätzen einer Kommune. Diese Planung muss in jedem Jahr fortgeschrieben werden, das ist eine gesetzliche Vorgabe. Die jetzt aktuelle Fortschreibung, die die Platzentwicklung bis zum Jahr 2027 beschreibt, wurde im Mai im Jugendhilfeausschuss (JHA) verabschiedet – und es bestehen weiterhin, wie schon seit Jahren, Wartelisten für Krippe und Kita.

Aber welcher Bedarf wird hier geplant? Die Planung der Verwaltung richtet sich leider nur nach dem Bedarf der Eltern, die sich um einen Platz bemühen, also ihren Betreuungswunsch anmelden.

Was heißt das für die Stadt? Der Bedarf muss geplant, der Ausbau angepasst werden. Dazu liegen vor:

- Die Anzahl der realen Plätze in diesem Jahr,
- die Anmeldungen der Eltern in diesem Jahr und
- die Information über die Entwicklung von neuen Wohngebieten (z.B. Lan-

ge Reekesweg oder auch am Holtenser Berg) und damit Zahlen zu neuem Platzbedarf.

Das sind dann die Kinderzahlen, die sich am oben beschriebenen Bedarf zum Zeitpunkt der Fortschreibung orientieren (also im Jahr 2022 für die Jahre bis 2027).

Was nicht vorliegt, ist eine aktuelle Bevölkerungsprognose, also wie viele Kinder wird es voraussichtlich in welchem Jahr geben. Dies wird seit langem immer wieder kritisiert, denn damit fehlen aktuelle und aussagekräftige Zahlen, die die

Grundlage für einen Entwicklungsplan bilden müssten.

Aber zurück zum Bedarf: Für jedes Kind, dessen Eltern eine Betreuung wünschen, besteht ab dem 1. Lebensjahr ein Rechtsanspruch (!) auf Kitabetreuung (bzw. Kindertagespflege), so dass Eltern doch eigentlich von einer Versorgung ausgehen könnten. Aber dieser Rechtsanspruch wird bisher nicht erfüllt!

In der Konsequenz heißt das, dass für alle Kinder - unabhängig von der Anmeldung durch die Eltern - der Platzausbau geplant werden muss.

Hier ist es sicherlich sinnvoll, zwischen der Betreuung von Krippenkindern, also 0 - 3 Jahre, und Kindergartenkindern von 3 - 6 Jahren zu unterscheiden. Die Krippenbetreuung, die immer noch nicht kostenfrei ist, wird nachgefragt, ist aber seit langem nicht ausreichend ausgebaut. Die Kitabetreuung ist kostenfrei und müsste von jedem Kind genutzt werden können - also auch von denen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht auf der stadtweiten Warteliste stehen.

In der Kitaplanung sind für Grone in diesem Jahr bis zum Ende des Jahres 90 neue Krippenplätze und 68 neue Kitaplätze geplant. Wobei 50 Kitaplätze in der Astrid-Lindgren-Schule für ein weiteres Jahr - bis Sommer 2023 - erhalten bleiben. Diese sollten in 2022 eigentlich entfallen.

Durch eine entsprechende Anfrage im Ortsrat aber konnten wir feststellen, dass viele Kinder in Grone vor der Einschulung keine Kita besucht hatten und die meisten von denen vermutlich auch nicht angemeldet waren. Aber auch wenn die Eltern sie angemeldet hätten, wäre kein Platz für sie vorhanden gewesen. Das muss dringend geändert werden und erfordert den Platzausbau im Kitabereich für jedes Kind - entsprechend einer realen Bevölkerungsprognose! (cs)



Nachbarschaftszentrum Grone

Sommerfest 2022

In Zusammenarbeit mit der
Deutsch-Russischen Gesellschaft

8. Juli, Deisterstr. 10

Das Fest wird zum Projekt: Alltagskulturen stattfinden mit verschiedenen Workshops, Tänzern, und Traditionen.



Veranstaltung „Frieden und Freiheit für die Ukraine - Was tun?“ mit Jan van Aken

Am 1. Juni um 19:00 Uhr in der Volkshochschule Göttingen, Bahnhofsallee 7, Raum 003/004.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein verbrecherischer Akt. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die sich – auch mit der Waffe in der Hand – gegen die russische Armee wehren.

Aber wie lässt sich eine solche Solidarität auch zivil denken, ohne gleich 100 Milliarden für die Bundeswehr auszugeben oder Waffen nach Kiew zu liefern?

Welche mögliche Lösungen gibt es für diesen Konflikt mit einem derart skrupellosen Aggressor?

Und wie kann eine künftige Friedensordnung für Europa jetzt noch aussehen?

Jan van Aken war viele Jahre für die LINKE im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages und früher als Waffeninspektor für die Vereinten Nationen tätig. Mit ihm wollen wir der Frage nachgehen, was könnte, was sollte Deutschland tun, um den Menschen in der Ukraine und in ganz Europa eine friedliche Perspektive zu sichern?

Flyern im Blümchenviertel

Am 08. Juni um 17:30. Treffpunkt

Aktiven- und Wahlkampftreffen

am 08. Juni im Saal der Roten Hilfe um 19:00 Uhr

Flyern

Am 22. Juni um 17:30 der Treffpunkt wird über den Newsletter und den Telegramchannel bekannt gegeben.

Haustürwahlkampfschulung

Am 22. Juni um 19:00 Uhr im Saal der Roten Hilfe

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Mittwoch, 6. Juli, 18.00 Uhr Neues Rathaus, Raum 1118

Thema: Armut-Ernährung-kommunale Versorgungspolitik

Die steigenden Lebensmittelpreise und Lebenshaltungskosten bestimmen immer mehr den Alltag der Göttingener*innen. Die kommunale Versorgung steht vor neuen Herausforderungen und auch neuen Pflichten. Gemeinsam wollen wir nach neuen Ansätzen und Wegen in der Kommunalpolitik nach einer armutfreien und inklusiven Gesellschaft suchen.

OV Dransfeld

OV Treffen an jedem 2. Freitag im Monat, bei Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a, 37127

Vertrauenspersonen des Kreisverbandes

Sexuelle Übergriffe gibt es in einer patriarchalen Gesellschaft. Sexuelle Übergriffe und sexuellen Missbrauch gibt es leider auch in unserer Partei. Wahrscheinlich ist es unmöglich, sexuelle Übergriffe in einer Gesellschaft wie der unseren komplett zu verhindern. Allerdings ist uns als Partei wichtig, vor Ort Strukturen zu schaffen, die Betroffenen die Möglichkeit geben, sich Personen anzuvertrauen. Dabei sind die Vertrauenspersonen nicht nur ansprechbar, wenn es um sexuellen Missbrauch geht, sondern auch wenn jemand von Diskriminierung oder Mobbing betroffen ist. Diese Personen handeln im Sinne der Betroffenen und behandeln alles, was ihnen anvertraut wird vertraulich.

Diese Personen erreicht ihr unter: vertrauenspersonen@die-linke-goettingen.de

Elisa: elisa.otzelberger@die-linke-goettingen.de

Julia: julia.niekamp@die-linke-goettingen.de

Lisa: lisa.zumbrock@die-linke-goettingen.de

Pascal: pascal.heister@die-linke-goettingen.de

KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

goettingen@linksjugend-niedersachsen.de

und auf Instagram unter [linksjugend.goettingen](https://www.instagram.com/linksjugend.goettingen)

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

goettingen.de

Phillip Ammermann, Tel. 0171-1728270

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-bg@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

► Wie weiter mit der Ampel?

Die Zeitschrift Z. über politische Perspektiven der neuen Regierung und der gesellschaftlichen Linken

In ihrer 129ten Ausgabe widmet sich die vierteljährlich erscheinende Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung u.a. schwerpunktmäßig dem Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung, um auf dieser Grundlage theoretisch-politische Überlegungen zur zukünftigen Rolle des Staates im Kapitalismus der Bundesrepublik Deutschland und seinen anstehenden Transformationen anzustellen – Überlegungen, die auch von unmittelbarer Relevanz für die politische Linke sind.

In einem Kollektivbeitrag der Redaktion wird zunächst hervorgehoben, dass zwar selbstredend Kontinuität zu vorherigen Regierungen beim übergeordneten Ziel der Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftsstandort besteht, die Ampel-Koalition hierbei aber nun eine deutlich aktivere Rolle des Staates vorsieht. Die dabei anvisierte „Modernisierung“ wird vor allem technisch-ökonomisch als staatlich subventionierte Digitalisierung und Dekarbonisierung der nationalen Wirtschaft ge-

dacht, aus deren Wachstum sich dann die Lösungen sowohl für soziale als auch ökologische Probleme ergeben sollen. Um die Rahmenbedingungen für private, profitorientierte Investitionen zu setzen sollen insb. für Klimaschutz und Digitalisierung massive öffentliche Investitionen getätigt werden. Bemerkenswert dabei von der Redaktion das Fehlen sowohl konkreter Angaben zum Umfang der Investitionen als auch ausbuchstabierter Pläne ihrer Finanzierung bei Aufrechterhaltung der „Schwarzen Null“. Offen ist demnach, wer die Kosten hierfür zu tragen hat – ein eindeutiger Hinweis darauf, dass das Führen von Verteilungskämpfen im Interesse der lohnabhängigen Mehrheitsbevölkerung eine zentrale Aufgabe der politischen Linken sein wird.

Auch bei der Verwendung dieser Mittel soll vom bisherigen neoliberalen Kurs nicht abgewichen werden – der Einsatz öffentlicher Gelder wird nicht an öffentliche Kontrolle gebunden, stattdessen wird in den technologisch-ökologischen Transformationsprozessen ausschließlich auf indirekte

Maßnahmen wie die CO² Bepreisung oder Investition in Grundlagenforschung und Infrastruktur gesetzt. Die dabei gemachten Beteiligungsangebote an Sozial- und Umweltakteure werden von den Autoren kritisch als sozialpartnerschaftliche Instrumente der Konfliktvorbeugung und systemerhaltenden Integration bewertet – ob sie dennoch auch Felder des Kampfs um radikalen Klimaschutz ohne Sozialabbau und mit demokratischer Kontrolle sein können bleibt eine Frage, für die der Text auch im weiteren Verlauf hilfreiche Impulse bietet. Während dem Klimaschutzkonzept der Ampel dabei noch ein gesonderter Text gewidmet wird, setzt sich der andere Schwerpunkt des Hefts setzt über insgesamt 6 Texte mit den in der Corona-Pandemie stärker in den Blick der Öffentlichkeit gerückten globalen Produktionsketten, den damit verbundenen Ausbeutungsverhältnissen und Ansätzen gewerkschaftlicher Gegenmacht auseinander. Darüber hinaus finden sich auch in dieser Ausgabe wie immer zahlreiche Kommentare, Berichte und Besprechungen zum aktuellen politischen, wissenschaftlichen und publizistischen Geschehen, welches für eine gesellschaftskritische Linke von Interesse und Relevanz ist.

Von Yannik Pein

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 129 (März 2022), Jg. 33, 254 Seiten, Einzelheft: 10 Euro, Bezug: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 70 03 46, 60553 Frankfurt am Main, E-Mail: redaktion@zme-net.de

► Rotes Kino: „Rabiye Kurnaz gegen George W. Bush“

In der Ukraine will ihn keiner und jetzt gibt es auch noch Ärger im Kino: Wenn der Film „Rabiye Kurnaz gegen George W. Bush“ nun in den Kinos startet, kann sich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier an seinen Job als Kanzleramts-Chef erinnern fühlen. Murat Kurnaz, ein junger Bootsbauer-Azubi aus Bremen, verbrachte insgesamt fünf Jahre im US-Knast Guantanamo auf einem US-Stützpunkt auf Kuba. Den US-Behörden war er in Pakistan ins Netz gegangen – kurz nachdem der „War on Terror“ in der Folge der Anschläge auf das New Yorker World Trade Center ausgerufen worden war, die islamistischen Attentätern zugeschrieben wurden.

Kurnaz passte zwar optisch ins Terroristen-Profil, ansonsten befand er sich im Jahr 2002 eigenen Angaben zufolge auf privater Sinnsuche. Die US-Ermittler boten Steinmeier seinerzeit denn auch an, Kurnaz nach Deutschland zu überstellen. Steinmeier zeigte daran aber kein Interesse, und so verbrachte Kurnaz einige Jahre länger in

US-Haft als notwendig. Menschenrechtler kritisieren Steinmeier deswegen bis heute.

Der renommierte Regisseur Andreas Dresen erzählt nun Kurnaz' Geschichte nach, ruft die „extralegale“ Gefängnispraxis der USA in Guantanamo ins Gedächtnis zurück. Allerdings sehr indirekt: Sein Star ist Rabiye Kurnaz, Murat Kurnaz' resolute, herzenswarme wie schlagfertige Mutter. Mit viel Energie – und mit Hilfe des engagierten Rechtsanwalts Bernhard Docke – konnte sie jenen titelgebenden Prozess gegen den US-Präsidenten erwirken, der letztlich zu Kurnaz' Freilassung führte.

Rabiye Kurnaz wird kongenial von der Komikerin Meltem Kaptan in einer Mischung aus Mutterwitz und Attacke à la Mutter Beimer in Szene gesetzt. Keine Frage, wer Mutter Kurnaz kennt, findet sie top dargestellt, der Schauspielerpreis „Silberner Bär“ auf der diesjährigen Berlinale geht voll okay!

Allerdings wird der Komödien-Anteil in diesem Film bisweilen etwas dominant - und mehr als einmal reitet Dresen der Teu-



fel. So besetzt er sich selbst als Richter im US-Gericht – Lacher garantiert, klar. Aber dient dies unbedingt der Geschichte? Ist das hier wirklich so lustig? Als Murat dann schließlich deutschen Boden betritt, zerstört von der Haft, wortkarg, kann die Regie zu wenig mit ihm anfangen. Zu sehr soll hier Satire inszeniert werden.

Ob das angemessen ist, mag jeder selbst beurteilen. Sehenswert ist der Film allemal.

Von Jürgen Kiontke



DIE LINKE. im Kreistag Göttingen

📅 Kreistagssitzung am 11. Mai 2022

Am 11. Mai fand eine kurze lediglich zweistündige Kreistagssitzung statt. Ein wesentlicher Grund, diese Kreistagssitzung durchzuführen, waren notwendige **Besetzungen von Fachbereichsleitungen** für Bauen und Innere Dienste. Dabei zeigt sich, dass es nicht nur immer weniger Bewerbungen gibt, sondern es schwierig geworden ist, auch für die Leitungsfunktionen überhaupt noch qualifizierte Bewerber*innen zu finden. So konnten die entsprechenden Besetzungen nicht erfolgen und beide Stellen müssen erneut ausgeschrieben werden.

Für die Fachbereichsleitung Bauen (EG 15) gab es zwar mehrere qualifizierte Bewerbungen, aber diese Bewerber auf eine Angestelltenstelle waren ausschließlich Beamte, so dass im Kreistag sogar ein Nachtragsstellenplan beschlossen werden musste.

Der einzige geeignete Bewerber für die Fachbereichsleitung Innere Dienste (A 15) hatte seine Bewerbung überraschend zurückgezogen.

In diesem Ausmaß ist dies eine neue Situation. Dies spiegelt aber nur die Spitze eines Eisbergs wieder. Es gibt natürlich auch weniger bezahlten Bereichen Probleme für den Öffentlichen Dienst Bewerber zu finden. So wurde im GT kürzlich über die vielen unbesetzten Stellen in den Kindertagesstätten berichtet. Offensichtlich müssen die Kommunen attraktivere Arbeitgeber werden.

Kreismusikschule

„Neukonzeptionierung der Kreismusikschule“ hieß es in der Tagesordnung der letzten Kreistagssitzung, nachdem es um diese Einrichtung eine jahrelange Hängepartie gegeben hatte. Wir erinnern uns: Zu Beginn der letzten Wahlperiode vor fünf Jahren wurde zunächst vermeldet, die Kreismusikschule sei in tiefrote Zahlen gerutscht und sogleich wurden personelle Veränderungen in der Leitung vorgenommen. Da dies aber nicht zur Entwicklung eines tragfähigen Konzeptes führte und andererseits von der Mehrheitsgruppe keine Bereitschaft

gezeigt wurde, die Kreismusikschule defizitär weiterzuführen, was bei einer solchen Einrichtung eigentlich möglich sein sollte, verfiel man auf die Lösung, nach einer mehrjährigen Übergangsfrist eine komplette Schließung vorzunehmen. Proteste von Betroffenen wurden dabei regelrecht ignoriert.

Nun allerdings kam es doch noch zur Kehrtwende und ein Weiterbetrieb steht zumindest für die nächsten Jahre in Aussicht. Hierzu wurde eine Zielvereinbarung entwickelt, die in Zukunft evaluiert werden soll, um den Betrieb möglicherweise längerfristig aufrecht erhalten zu können.



Eckhard Fascher begrüßte in seinem Redebeitrag die neue Einigkeit, die es früher bei diesem Thema nicht gegeben hatte und bewertete das neue pädagogische Konzept als erfreulich, vor allem, da es nun beispielsweise ein Bekenntnis zum Einzelunterricht gebe, der lange als zu kostenträchtig galt. Die Verwaltung sei hier offenbar lernfähig. Unser langjähriger Kampf für den Erhalt der Kreismusikschule habe also Früchte getragen. DIE LINKE hat dies immer als kommunale Aufgabe betrachtet, was nun offenbar jetzt auch von der SPD so gesehen wird, wie ihre Vertreterin Schlapeit-Beck deutlich machte. Ihr Fraktionskollege Bonder wies noch darauf hin, dass durch den Schließungsbeschluss Zeit zur Weiterentwicklung verschenkt worden sei.

Nun ja, das hatten wir kommen sehen. Der Beschluss zur Weiterführung fiel dann einstimmig aus.

Unterstützungsfonds für Kunst- und Kulturschaffende

Nach Beginn der Corona-Krise 2020 gehörten die Kunst- und Kulturschaf-

Kontakt

DIE LINKE.

im Kreistag Göttingen

Kreistag, Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108
dielinke@landkreisgoettingen.de
www.dielinke-goettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr
+ Donnerstag 14 bis 15.30 Uhr

fenden zu den am stärksten durch Einnahmeausfälle Betroffenen, wodurch eine Unterstützung durch die öffentliche Hand erforderlich wurde. Seither hat es auf den verschiedenen Ebenen immer wieder neue Angebote zur Unterstützung gegeben, wenngleich diese in Höhe und Ausgestaltung teilweise zu deutlicher Kritik führten.

Der Landkreis hatte dann im Herbst letzten Jahres mit Unterstützung aller Fraktionen mit einer eigenen Förderung begonnen. So wurden zuletzt für das Haushaltsjahr 2022 80.000 € als Unterstützungsfonds für Kunst- und Kulturschaffende bereitgestellt, um damit die Folgen der Corona-Krise weiterhin abzumildern und gleichzeitig die Voraussetzungen für einen Neustart zu ermöglichen. Zugleich wurde mit der Erarbeitung einer Richtlinie für die Gewährung und Auszahlung der Zuwendungen im Rahmen dieses Unterstützungsfonds begonnen, die nun im Kreistag abschließend beraten wurde. Als förderungswürdig in Betracht kommen dabei insbesondere Kunst- und Kultureinrichtungen, bzw. -institutionen/ -vereine, Soloselbstständige aus dem Kunst- und Kulturbereich und Künstler*innen / Einzelkünstler*innen aus dem Kunst- und Kulturbereich.

Um diese Praxis fortzusetzen, musste der Kreistag die Richtlinie beschließen, was einstimmig erfolgte. Nicht gelungen war es, die Stadt Göttingen mit ins Boot zu holen, was in der Debatte bedauert wurde. Schließlich kostete Kreativität auch Geld und kulturelle Angebote stellten einen Teil unserer Lebensqualität dar.

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



April 2022:

▶ Veranstaltung und Fahrt zum KZ Buchenwald

Nachdem die geplante Doppelveranstaltung (Infoabend + Fahrt zu dem jährlichen Gedenken der Selbstbefreiung) 2020 und 2021 coronabedingt nicht stattfinden konnte, war es dieses Jahr endlich soweit:

Veranstaltet vom OV der Partei DIE LINKE und der LeserInneninitiative junge Welt, unterstützt durch die VVN-BdA Göttingen, war es gleichzeitig die langersehnte Wiederaufnahme der Freitagsveranstaltungen des Roten Zentrums. Begleitet von einer Ausstellung im Schau-

fenster mit Infotafeln zu KZ, Lagerwiderstand, Selbstbefreiung und Gedenken.

„JEDEM DAS SEINE“ – Das war die Inschrift, die über dem Tor zum KZ Buchenwald stand. Dieses KZ auf dem Ettersberg bei Weimar mit seinen 136 Außenkommandos – davon eines in Moringen – war eines der größten in Nazi-deutschland: Zwischen 1937 und 1945 wurden dort über 250000 Menschen gefangen gehalten. Es war kein Vernichtungs-, sondern ein Arbeitslager, hauptsächlich für die Rüstungsindustrie, aber

natürlich wurden auch dort Menschen systematisch ermordet. So am 18. August 1944 auch Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD und des Roten Frontkämpferbundes. – Oder verreckten ganz einfach an Krankheiten, Erschöpfung, „Auf-der-Flucht-erschossen-werden“, ... Aber es gab auch einen – kommunistisch – organisierten Lagerwiderstand ... und die Selbstbefreiung am 11. April 1945.

Hierüber informierte uns und 12 BesucherInnen unser Gast Dr. Ulrich Schneider (Vorstandsmitglied in VVN-BdA + FIR) in einem sehr spannenden Vortrag. Eine rundum gelungene Veranstaltung, der am 10. April die Fahrt auf den Ettersberg folgte.

▶ Das Buchenwaldgedenken 2022

Wir fuhren zu sechst, verteilt auf 2 PKW u. z. T. mit Übernachtung. Zu unserer großen Freude war es uns mit der Veranstaltung gelungen, junge und auch „neue“ GenossInnen anzusprechen – so war die jüngste 22 Jahre. Dies hatten wir auch gehofft und intendiert, denn jüngere GenossInnen sind einfach bessere MultiplikatorInnen als die „üblichen Verdächtigen“. Die Gedenkveranstaltung selbst war eher ein Ärgernis. Wie (auch nach den bis dahin veröffentlichten Erklärungen einiger Gruppen + Parteien) nicht anders zu erwarten, wirkte sich die aktuelle Verschärfung des 2014 von ukrainischen Faschisten mit dem Maidan-Putsch und dem Massaker von Odessa begonnenen Krieges massiv auf die Veranstaltungen aus.

Sie folgten im wesentlichen dem derzeitigen Kriegsgeheul der Herrschenden in BRD und NATO und ihrer Darstellung. Russlandhetze, die bei etlichen sicherlich ihren Antikommunismus verbrämen sollte. Keine Worte über die Zusammensetzung der ukrainischen „Regierung“ oder der Armee, nichts über das Asow-Regiment. Hätschelei der ukrainischen Faschisten an einem Ort des Gedenkens der Verbrechen des deutschen Faschismus. Etlichen – bes. älteren GenossInnen – war schlicht zum Kotzen zumute, und es stell-

te sich vielen die Frage, gehen oder aushalten. – Immerhin, Sowjetfahnen oder Rote Fahnen überhaupt waren da noch nicht verboten, wer weiß, was nächstes Jahr sein wird?!

Schon beim vormittäglichen „Treffen der Nachkommen“ mit Vorträgen und Kulturprogramm fielen namentlich VertreterInnen der Partei DIE LINKE in ihren Reden als „FaschistenverstehlerInnen“ auf. Positiv hingegen nur ein Redner, kein Politiker, sondern ein Überlebender des KZs. Er sprach über die Verhältnisse damals und die Selbstorganisation der Häftlinge.

Die offiziellen VertreterInnen von Russland und Belarus waren durch die VeranstalterInnen ausgeladen worden, stattdessen zweifelhafte „Oppositions“vertreterInnen geladen. Draußen auf dem Appellplatz war die belarusische Staatsflagge durch eine historische ersetzt worden. Aber ein Vertreter der ukrainischen Regierung durfte seine Darstellung der Dinge verkünden; Gerüchte, Melnyk würde selbst kommen, bewahrheiteten sich zum Glück nicht. Das wäre für etliche auch zu viel gewesen!

Noch 2 Punkte:

– Die Thälmanngedenkstätte im ehem. Krematorium war zugesperrt gewesen.



Warum?

– Die MLPD durfte ihre Parteifahnen nicht zeigen u. bekam deswegen Securities auf die Füße gestellt. Warum?

Auch ohne MLPD-Fan zu sein: Dies ist eine Bedrohung für uns alle, nächstes Mal könnte es auch die DKP sein oder die KPD oder ?. Die aktuellen Versuche, sowjetische oder gleich Rote Fahnen überhaupt auf Demos zu verbieten, zeigen, wohin es gehen soll. Wir müssen wachsam sein und gegenhalten ... und uns niemals spalten lassen!

So bleibt ein schaler Nachgeschmack bei einer ansonsten tollen Fahrt.



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke : Ein Jahr Göttinger Linke in Gleichen

▶ Guter Start in rauen Zeiten

Am 11. Mai 2021 beschloss die in Gleichen neugegründete Gruppe der Wählergemeinschaft „Göttinger Linke“, erstmals auch eine Kandidatur in der Gemeinde Gleichen für den Gemeinderat und einigen Ortsräten.

Auf der Liste kandidierten - in guter Tradition der langjährigen Göttinger Zusammenarbeit - Mitglieder der Partei „Die Linke“, der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), sowie Parteilose - angeführt von der Krankenschwester Sylke Jarosch.

Das Ergebnis: Ein Sitz im Gemeinderat für Sylke! Bei den Kandidaturen zu den Ortsräten haben die Stimmenanteile leider nicht gereicht.

Ein erster Bericht:

Der Wind bließ in diesen Zeiten zwar auch unterhalb der Gleichen allen ins Gesicht, die sich linken Inhalten verpflichtet fühlen – aber wir haben angefangen und sind guten Mutes, neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen für die gute Sache, die so schwer zu machen ist.

Das erste Etappenziel unserer dortigen Arbeit ist erreicht: Die Wählergemeinschaft ist anerkannter Teil der Diskussionen im Gemeinderat und der politischen Öffentlichkeit der 16 Dörfer. Positiv hervorzuheben ist vor allem die faire Aufnahme der neuen Ratsfrau Sylke Jarosch durch die Kolleginnen und Kollegen im Rat und insbesondere durch den - ebenfalls neu gewählten - Gemeindebürgermeister; einem alten Hasen der Kommunalpolitik.

Einmal im Monat trifft sich Sylke mit denjenigen, die mit ihr gemeinsam angetreten sind, um mehr soziale Gerechtigkeit in Gleichen durchzusetzen – entweder persönlich oder per Zoom.

Einen Schwerpunkt bildet zurzeit die Verkehrswende, also das ehrgeizige Ziel, Mobilität nicht mit Verbrennungs- oder Elektromotoren in tonnenschweren PKW zu erreichen, sondern ökologisch und durch öffentlichen Personennahverkehr zu denken. Das aber ist das Bohren eines dicken Bretts.

Gleiches gilt für die weiteren Ziele des Wahlprogramms wie der Schaffung von finanzierbarem Wohnraum, Entlastungsinitiativen für Einkommensschwache, eine gute Pflege im Alter und eine Kinder- und Jugendpolitik verbunden mit



Sylke Jarosch

einer Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die verhindert, dass die Menschen zwar auf dem Lande aufwachsen, dann aber nach der Schulausbildung wegziehen.

In all diesen Fragen sehen wir Potential, nicht nur mit anderen Parteien sondern auch mit anderen, bislang parteilosen Menschen, die sich für die Gemeinde einsetzen wollen, zusammenzuarbeiten!

Wir sind jederzeit erreichbar unter:
gleichen@goettinger-linke.de (sj)



Der 1. Mai 2022 vor dem Roten Zentrum

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sabine Klohn
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüller,
Christa Siebecke

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:

grone@goettinger-linke.de

Gruppe Gleichen:

gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 1126 (11. Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:

Nornia Marciukiwicz

Jost Lessmann

Edgar Schu (Fraktionsvorsitzender)

Torsten Wucherpfennig

Kommunalpol. Arbeitskreis – Mittwoch 6. Juni, 18.30 Uhr

Thema: Armut – Ernährung – kommunale Versorgungspolitik

Die steigenden Lebensmittelpreise und Lebenshaltungskosten bestimmen immer mehr den Alltag der Göttingener*innen. Die kommunale Versorgung steht vor neuen Herausforderungen und auch neuen Pflichten. Gemeinsam wollen wir nach neuen Ansätzen und Wegen in der Kommunalpolitik nach einer armutfreien und inklusiven Gesellschaft suchen.

Elektronische Gesundheitskarte im Vergleich zu Behandlungsscheinen

Anfrage an die Verwaltung der Stadt Göttingen:

Im Sozialausschuss am 11.01.22 wurde die Einführung der elektron. Gesundheitskarte für Leistungsberechtigte nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beraten.

Leider stimmte eine Mehrheit der Verwaltung zu, dass nach AsylbLG § 3 berechnete Geflüchtete keine elektron. Gesundheitskarte bekommen sollten. In der Diskussion wurde argumentiert, dass durch die elektron. Gesundheitskarte im Vergleich zu Behandlungsscheinen ein höherer (Kosten-) Aufwand für die Verwaltung entstünde. Ihre Einführung wäre für Arztpraxen und Krankenhäuser keine Erleichterung.

Im Göttinger Tageblatt stand nun in der Ausgabe vom 20.04.22, dass 9 von 16 Bundesländern mit den gesetzlichen Krankenkassen vereinbart haben, dass geflüchtete Ukrainer eine elektron. Gesundheitskarte erhalten sollen. Das Redaktionsnetzwerk teilt u. a. unter Berufung auf den Vorsitzenden der Deutschen Krankenhausgesellschaft mit, dass der übliche Behandlungsschein verglichen mit der elektron. Gesundheitskarte einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand verursache.

Die Göttinger Linke Ratsfraktion fragt daher die Verwaltung:

1. Widerspricht die Verwaltung den Einschätzungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland und des Vorsitzenden der Deutschen Krankenhausgesellschaft, wie sie im Göttinger Tageblatt zu lesen sind (GT vom 20.04.22, S. 5, Randspalte)?
2. Ist die Verwaltung der Ansicht, dass eine Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Leistungsberechtigte nach AsylbLG § 3 den Krankenkassen, Arztpraxen, Krankenhäusern und kommunalen Verwaltungen größeren Kostenaufwand verursachen würde als die Nutzung von Behandlungsscheinen?
 - a. Wenn die Verwaltung Frage 2 mit „Ja“ beantwortet und Frage 1 mit „Nein“, bitten wir um Erläuterung, warum die elektronische Gesundheitskarte für ukrainische Flüchtlinge angewendet werden soll, um Kosten zu sparen, für Leistungsberechtigte nach AsylbLG § 3 aber nicht.
 - b. Wenn die Verwaltung Frage 2 mit „Nein“ beantwortet, fragen wir, ob sie nach ihrer negativen Empfehlung für den Beschluss vom Januar 2022 nun doch vorschlagen möchte, die elektronische Gesundheitskarte für Leistungsberechtigte nach AsylbLG § 3 in der Stadt Göttingen einzuführen.

Süntelweg aktuell – Umgang der LEG mit Mieter*innen erinnert an Mafia-Methoden

Im Bau- und im Sozialausschuss haben sich die Vertreter der „LEG Wohnen“ im März als die neuen Wohltäter für die geplagten Ex-Mieter*innen der Adler Group vorgestellt. „Das Verhalten der neuen Vermieter zeigt nun aber eine Rücksichtslosigkeit, die nicht zu überbieten ist,“ empört sich Jost Leßmann, baupolitischer Sprecher der Göttinger Linke Ratsfraktion.

„Die Modernisierungs- und Aufstockungsarbeiten der LEG ziehen sich hin. Uns wurden Daten der Fertigstellung genannt, die nicht einzuhalten sind. Transparente Information über die Abläufe findet nicht statt, sondern man bekommt höchstens Fehlinformationen“, berichtet Mieterin Bärbel Safieh.

Bei Fahrstuhlarbeiten segeln riesige Betonteile an Hochkränen über den Gebäuden. Dabei sind die Eingänge nur unter Gefahren oder gar nicht zugänglich. Briefkästen werden abgebaut, die Zusteller*innen und Mieter*innen kommen schwerlich an die Kästen.

Nun werden Bewohner*innen telefonisch unter Druck gesetzt, in ihre Wohnungen zurückzuziehen, sogar unter Androhung, Schlösser der Ersatzwohnungen auszutauschen, wenn Schlüssel nicht abgegeben werden.

Fraktionsvorsitzender Edgar Schu dazu: „Durch nicht schriftlich, sondern lediglich telefonisch mitgeteilte Drohungen wird Mieter*innen eine juristische Gegenwehr massiv erschwert. Wenn das tatsächlich so stattfinden sollte, erinnert solch ein Verhalten an Mafia-Methoden. Wir können nur anraten, auf solche Anrufe nicht direkt zu reagieren, sondern stets eine schriftliche Mitteilung anzufordern.“

Die Groner Mieter*inneninitiative hat in einem Gespräch mit der LEG im April gefordert, dass Betroffene erst dann zurückziehen müssen, wenn sowohl Wohnungen als auch das gesamte Umfeld ein akzeptables Wohnen ermöglichen. Dazu gehören ein sicherer und barrierefreier Zugang, Trocknung und Schimmelsanierung im ganzen Haus sowie vollständiger Kostenausgleich für entstandene Schäden. Alle Mieter*innen im Süntelweg seien dazu persönlich anzuschreiben. [...]

Die Göttinger Linke Ratsfraktion fordert Politik und Verwaltung der Stadt Göttingen auf, die LEG mit leeren Versprechungen und rücksichtslosem Umgang mit den Betroffenen nicht durchkommen zu lassen.

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 1126 (11. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktions Sitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

(...) Fortsetzung von Seite 1

Dieser qualifizierte Mietspiegel senkt keine Mieten, aber er schafft Rechtssicherheit und bewahrt uns vor der Praxis, dass Konzerne auf Vergleichswohnungen des eigenen Konzerns zur Begründung vom Mieterhöhungsverlangen hinweisen können.

Was bisher zu dem nicht klappt und absolut unsozial ist: Es gibt keine Milieuschutzsatzung, aber das Gegenteil davon schon: eine Erhaltungssatzung für die Ost-

stadt, offenbar, um zu verhindern, dass hier Wohnraum für Menschen mit weniger Geld geschaffen werden kann. Pervers.

Was auch nicht mehr geht: Dass die SWB sogar ca 800.000 Euro ihres „Ergebnisses“ an die Stadt abführt. Das Gegenteil muss angedacht werden: Ein kommunales Wohnungsbau-Programm mit städtischen Mitteln!

Also: Es gibt viel zu tun in der Wohnungspolitik. Kämpfen wir gegen die Wohnungsnot auch in Göttingen!



Karlheinz Paskuda

Mitglied in DIE LINKE, im Aufsichtsrat der SWB Göttingen, im „bundesweiten Bündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn“, bei den „Kritischen VONOVIA-Aktionär*innen“, im „AK große Wohnungsbau-Unternehmen des DMB“ und bis April 22 stellv. Vorsitzender des Mannheimer Mietervereins, wohnt seit Dezember 21 in Göttingen.

► Tarifauseinandersetzung in den Tochter GmbHs der Uniklinik



Viele Göttinger*innen haben in den letzten Monaten die Tarifauseinandersetzung an der **UMG Gastronomie GmbH** verfolgt und sich auch solidarisch mit den Streikenden gezeigt.

Auch hier in den Göttinger Blättern wurde schon berichtet.

Wie ist der aktuelle Stand?

Vor Ostern waren die Verhandlungen festgefahren. D.h. die Forderungen der Beschäftigten (Angleichung an den Tarifvertrag der Uniklinik) bedeuteten konkret Entgelterhöhungen um min. 30-40%. Die ersten Angebote seitens der GmbH waren dagegen so gering, dass die Beschäftigten sie für nicht verhandlungsfähig erklärten und Streiks beschlossen.

Die Streiks der KollegInnen zeigten dann aber Wirkung: Die Eigentümerin der UMG Gastronomie GmbH, also die Uniklinik, gestand der Geschäftsführung der eigenen Tochterfirma einen erweiterten Verhandlungsspielraum zu, der es ihr letztlich ermöglichte, zumindest ein verhandlungsfähiges Angebot zu unterbreiten. In Folge beschlossen die KollegInnen zunächst die Streiks auszusetzen.

Die Verhandlungen sind komplex, da es nicht „einfach nur um Entgelt“ geht, sondern auch um viele andere Regeln. Zurzeit arbeiten ja die Altbeschäftigten der UMG nach dem Tarifvertrag der Länder, für die GmbH-Beschäftigten kommen verschiedene Regelungswerke zur Anwendung.

Für den Bereich der Gastronomie entstammen die meisten kollektiven Regelungen dem Manteltarifvertrag des Deut-

schen Hotel- und Gaststätten Verbandes (DeHoGa), abgeschlossen mit der Gewerkschaft NGG. Nur die sogenannte Entgeltordnung und die Entlohnungstabellen konnten schon vor einigen Jahren durch einen besseren ver.di Haustarifvertrag ersetzt werden.

Nun wollen die KollegInnen aber nicht nur deutliche Verbesserungen ihrer Löhne durchsetzen, sondern eben auch viele andere Verbesserungen, wie z.B. eine höhere Jahressonderzahlung, mehr Urlaub oder Zuschläge für Arbeiten am Sonn- und Feiertag, Überstunden etc.. Deshalb ziehen sich die Verhandlungen hin.

Ausblick UMG Klinikservice GmbH:

Auch die Beschäftigten bei der großen UMG-Tochter Klinikservice GmbH (KSG) stehen vor einer Tarifauseinandersetzung. Hier bauen die KollegInnen aber zunächst noch eigene Stärke auf, bevor sie die Arbeitgeberin zu Verhandlungen auffordern. Das heißt sie wählen z.B. Team-Delegierte aus allen Bereichen, um eine demokratische Forderungsdiskussion und Verhandlungsführung zu ermöglichen, und letztlich auch Konflikt- und Streikfähigkeit herzustellen.

Diese Tochterfirma ist die größte der UMG, mit insgesamt ca. 1.100 Beschäftigten. Durch sie werden Stationen und OP-Säle gereinigt, Patient*innen im Haus transportiert oder die Wäsche gewaschen.

Hintergrund:

Hintergrund des Outsourcings, der Auslagerung und Fremdvergabe auch im Krankenhaus ist die systematische Vermarktlichung unseres Gesundheitswesens. Denn der Systemwechsel, weg von einer bedarfsorientierter Finanzierung und hin zu einem Marktsystem, zwingt die „Anbieter“ sich auf diesem „Gesundheits-Markt“ in Konkurrenz zu anderen Anbietern zu behaupten und Kosten zu senken. Beschäftigte werden zu Kostenfaktoren, Patienten

werden zu Kunden, Gesundheitsversorgung wird zur Ware. Patientenversorgung „muss sich rechnen“, sonst macht das Krankenhaus Verluste und wird sich nicht lange am Markt behaupten. Das gilt auch für die „öffentlichen“ Krankenhäuser, die nicht wie die Privaten noch zusätzlich „Gewinne“ erwirtschaften müssen. So ist auch die Uniklinik ständig dem Druck des Fallpauschalen-Finanzierungssystems ausgesetzt, welches zudem die Maximalversorger noch besonders schlecht refinanziert (aufgrund der hohen Vorhaltekosten dieser Krankenhäuser).

Zudem sind verschiedenste Landesregierungen ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen, die Infrastruktur zu erhalten und zu erneuern, weshalb auch hierfür Mittel erwirtschaftet werden müssen, die eigentlich der Patientenversorgung und Beschäftigten zukommen sollten.

Ohne eine radikale Kehrwende in der Finanzierung ist der Misere also nicht wirklich beizukommen, was bei den derzeitigen politischen Kräfteverhältnissen allerdings als wahrscheinlich erscheint.

Aus Linker und gewerkschaftlicher Sicht tragen den Schaden dieser Politik nicht nur die Beschäftigten durch Niedriglöhne, Auflösung des Solidarität in der Belegschaft, mangelhafte Jobsicherung, geschwächte betriebliche Interessenvertretung etc... sondern auch die Bevölkerung insgesamt.

Denn die Zersplitterung der Belegschaft steht auch einer guten Patient*innenversorgung entgegen, die immer nur durch eine Teamleistung möglich ist und welche durch die Aufspaltung der Belegschaften eben massiv behindert wird.

(Du brauchst eben nicht nur eine fähige Operateurin für eine gelungene OP - ebenso wichtig ist eine hygienisch einwandfrei geputzte Station, wenn Du nicht kränker aus dem Krankenhaus nach Hause kommen willst, als du reingehst.)